

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 16. September 2023 · Nr. 215 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.90

Putin ist nicht unbezwingbar

Die Gegenoffensive der Ukraine verläuft langsamer als erhofft, aber sie ist nicht gescheitert. Auch aus anderen Gründen ist es der falsche Moment, die Ukrainer zu Verhandlungen mit Moskau zu drängen. Von Anna...

«In unserem Heimatland lassen wir keinen Fremden herrschen», singen die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrer Nationalhymne. Was für die meisten Völker eine Selbstverständlichkeit ist, steht in der Ukraine im Zentrum einer blutigen Bewährungsprobe. Ein Sechstel des Landes befindet sich in der Hand der russischen Okkupanten, und die vor gut drei Monaten gestartete Gegenoffensive hat daran kaum etwas verändert. Nur 240 Quadratkilometer konnten die Truppen Kiews an der Südfreit kämpfen. Der erhoffte grosse Durchbruch in Richtung Asowsches Meer ist ausgeblieben.

Angesichts der Bilder von Soldaten, die in den Minenstreifen umkommen, nagen die Zweifel – im Westen noch mehr als in der Ukraine selber. Die Nato-Staaten lassen sich zwar keine tiefe Frustration anmerken. Aber die Debatte darüber, ob es eine militärische Lösung in diesem Krieg gibt, hat neue Nahrung erhalten. Das Wort «Pattsituation» macht die Runde. Es werden Parallelen zur Sinnlosigkeit der Stellungskämpfe im Ersten Weltkrieg gezogen, und verschiedentlich ertönt der Ruf nach Friedensverhandlungen mit Moskau. Die dabei gemachten Vorschläge haben jedoch alle eine Gemeinsamkeit: eine verzerrte Wahrnehmung der Lage und unrealistische Vorstellungen davon, was Verhandlungen bewirken könnten.

Minenfelder überwunden

Das Problem beginnt beim vorschnellen Urteil, die Gegenoffensive sei gescheitert. Ihre Resultate sind gewiss nicht berauschend. Die zum Teil mit westlichen Panzern ausgerüsteten ukrainischen Verbände stiessen entlang der Hauptangriffssache in der Provinz Saporischja nur zehn Kilometer vor. Bis nach Melitopol, der für die Kontrolle der Region zentralen Stadt, sind es weitere siebenzig Kilometer. Dieses Zahlenverhältnis allein ist jedoch irreführend, denn die stärksten russischen Stellungen befinden sich im ersten Drittel dieser Strecke. An einem Abschnitt sind die Ukrainer kürzlich über die vor derste von drei Hauptverteidigungslinien vorgestossen. Sie haben damit gezeigt, dass die russischen Minenfelder überwindbar sind.

Niemand weiss, ob der Vormarsch im bisherigen Tempo weitergeht oder wegen zu hoher Verluste zum Erliegen kommt. Das dürften erst die nächsten Monate zeigen. Denn entscheidend ist nicht der einzelne Geländegewinn, sondern das Verhältnis der militärischen Abnutzung, also das Ausmass, in dem die Kriegsparteien Truppen- und Materialverluste erleiden, die sie nicht ersetzen können. Dieses lässt sich nicht beziffern. Aber selbst wenn die Offensive verebbt, heisst dies nicht, dass Kiew militärisch am Ende des Lateins ist. Naheliegender wäre dann vielmehr die Anpassung der Strategie. Die bereits zugesagte Lieferung von Kampfjets und präzisionsgelenkten Bomben mit hoher Reichweite wird die militärische Gleichung ohnehin verschieben.

Irreführend sind auch manche der vorgebrachten historischen Analogien: Die Schlacht von Verdun, in der 1916 Hunderttausende von Franzosen und Deutschen verbluteten, ist im europäischen Gedächtnis als Inbegriff des sinnlosen Stellungskrieges haftengeblieben. Würde man nicht besser gleich einen Kompromiss schliessen, wenn sich auf dem Schlachtfeld absehbar nichts mehr erreichen lässt? Der Erste Weltkrieg wäre dann allerdings sehr anders verlaufen. Das Deutsche Kaiserreich hätte seine Eroberungen bis Nordfrankreich abgesichert, sich als dominante Macht auf dem Kontinent etabliert und den revolutionären Wandel zur demokratischen Republik verpasst. Auch die Intervention der USA in Europa wäre ausgeblieben, wahrscheinlich hätte sogar die Habsburgermonarchie ihren Gang auf den berühmten «Abfallhaufen der Geschichte» noch eine Weile hinauszögert.

Das Beispiel jenes Weltkriegs zeigt, dass Konflikte oft überraschende Entwicklungen auslösen und vermeintlich starre Fronten keine zuverlässige Prognose erlauben. So hat niemand zu Beginn der Ukraine-Invasion im Februar 2022 vorausgesehen, was Russland in der Folge erfahren musste: den Verlust von mehr als der Hälfte seiner Kampfpanzer, die blitzartige Befreiung der Provinz Charkiw oder den kühnen Marsch einer russischen Soldateska in Richtung Moskau. Der Krieg wird auch weitere unerwartete Wendungen nehmen.

Besser vorherzusagen lässt sich das Ergebnis von Verhandlungen. Die Befürworter wollen dies nicht

wahrhaben – sie haben entweder den Dialog beginnen und sich herausziehen lassen, oder doch nicht solchem Wunsch nachgeben. Im Fall Ukraine sind die Kräfteverhältnisse, bei dem Putin-Regime ein Vorteil. Wie sähe er aus?

Diplomaten pflegen verschiedene «Körbe» zu behandeln. Im Fall Ukraine sind dies Territoriales, Sicherheits-, Sanktionen sowie Humanitäre Territorialfragen ist das Waffentstillstandsabkommen eingefroren, Russland in den besetzten Gebieten festzuhalten, würde Moskau auf eine Einigung zugehen. Eine Einigung bliebe ohne die Aufhebung der Ukraine umgekehrt werden. Beides ist derzeit einzig ein humanitäres Kriegsgefangenen.

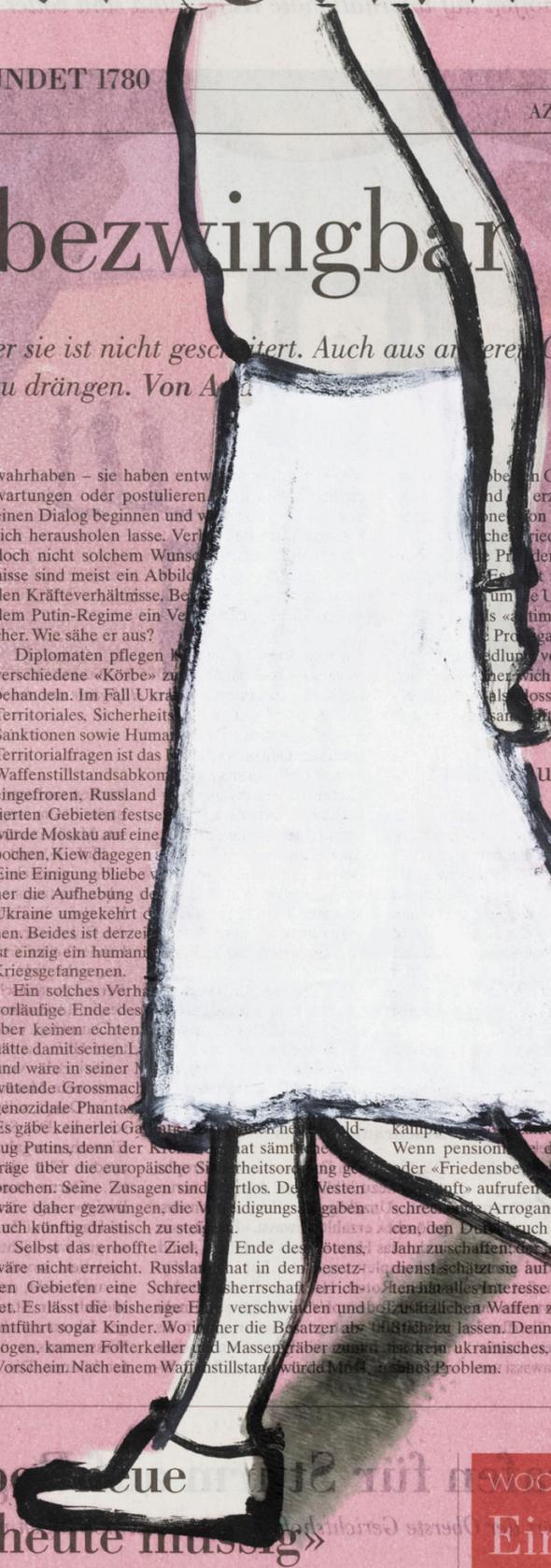
Ein solches Verhandlungsvorläufige Ende des Krieges aber keinen echten Frieden hätte damit seinen Lauf genommen und wäre in seiner wütende Grossmachtgenozidale Phantasie.

Es gäbe keinerlei Garantie zug Putins, denn der Vertrag über die europäische Sicherheitsordnung sind wertlos. Die Westmächte sind daher gezwungen, die Verhandlungen künftig drastisch zu steuern. Selbst das erhoffte Ziel, den Russen das Besetzungsdienst zu schenken, ist ein Schreckensregime, das bis zu 50 Prozent der Bevölkerung verschwinden und die übrigen in ein unfähiges Regime überführen würde. Es lässt die bisherige Besetzung der Gebiete zu unterstehen und nicht im entführt sogar Kinder. Wo immer die Besatzer abgezogen, kamen Folterkeller und Massenräuber zum Vorschein. Nach einem Waffenstillstand würde Moskau ein solches Problem

in besetzten Gebieten erst recht nach Belieben erzwingene Russifizierung fortzusetzen. Menschen wären betroffen. Ein Frieden ist mit Putin nicht zu haben. Der Präsident hat seinen Zielen nicht abgetreten. Er ist ihm nicht um Land im Donum der Unterwerfung der Ukraine, die als «unmenschliches» Gebilde verteidigt werden. Die Propagandisten wälzen Pläne für eine Ummantelung von Ukrainern nach Sibirien, die wichtigsten Generäle bezeichnete als «grosse Etappe» – nachher komme sie an den Strand.

Verhandlungen bereits

dass in diesem Krieg irgendwelche Verhandlungen kommen wird. Es ist sinnlos, darüber zu diskutieren. Die Experten sind sich einig, dass die Verhandlungen nicht stattfinden werden. Die Verhandlungen sind ein Zeichen für die Schwäche der Ukraine. Die Verhandlungen sind ein Zeichen für die Schwäche der Ukraine. Die Verhandlungen sind ein Zeichen für die Schwäche der Ukraine.



«Eine Diskussion über neue Kernkraftwerke ist heute müssig»

Bundesrat Albert Rösti will keine Verzögerungen beim Bau von Solar- oder Windanlagen

Früher hat er gegen die Energiestrategie gekämpft, jetzt muss er sie durchsetzen – auch gegen die eigene Partei. Albert Rösti, SVP-Bundesrat seit Anfang Jahr. Der Energieminister zeigt sich im Interview mit der NZZ fest entschlossen, den Volksentscheid zu akzeptieren und in die Tat umzusetzen. Das «Allerwichtigste» sei jetzt, das nach wie vor drohende Risiko einer Strommangellage im Winter zu überwinden. Die dringend benötigten zusätzlichen Kapazitäten liessen sich nur mit Energie aus Sonne, Wind und Wasser bereitstellen.

Deshalb spricht sich Rösti in unerwarteter Deutlichkeit dagegen aus, heute eine Diskussion über den Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) zu führen.

«Ich habe im Moment wirklich gar kein Interesse, eine solche Debatte loszutreten», sagt Rösti, der sich vor seiner Wahl in den Bundesrat stets für diese Option ausgesprochen hatte. Nun aber, in der neuen Rolle, sagt er: «Die Diskussion über neue Kernkraftwerke ist heute müssig – wenn nicht sogar kontraproduktiv.»

Rösti befürchtet, dass eine AKW-Debatte zu weiteren Verzögerungen beim Bau neuer Solar- oder Windanlagen führen könnte. «Wir brauchen den zusätzlichen Strom dringend. Es wäre gefährlich, diese Bemühungen mit Grundsatzdiskussionen zu torpedieren.» Dies umso mehr, als sich die unmittelbaren Probleme mit neuen Kernkraftwerken kurzfristig ohnehin nicht lösen liessen, wie Rösti ergänzt.

Eine andere Aussage wird seine Partei mehr freuen: Rösti relativiert die Bedeutung des Stromabkommens, das der Bundesrat mit der EU abschliessen will. Vor allem in der Wirtschaft gibt es grosse Sorgen, weil ab 2025 die EU-Staaten 70 Prozent der Netzkapazitäten für den Handel untereinander reservieren müssen. Rösti aber gibt Entwarnung: «Heute gehen wir nicht davon aus, dass deswegen relevante Probleme drohen.» Alle Nachbarländer bestätigten, dass die Schweiz Teil dieses Systems sein müsse. Röstis Fazit: «Die Schweiz braucht nicht um jeden Preis ein Stromabkommen.»

WOCHENENDE

Ein Luxushotel in der Hand der Taliban

Das afghanische Regime verlangt, dass Taliban und Nichttaliban zusammenarbeiten. Kann das gutgehen? Ein Besuch in Kabul.

Seite 42-47

REICHMUTH & CO
PRIVATBANKIERS

«Welcher Anlegertyp sind Sie?»

Lesen Sie den Check-Up

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11
 Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, www.nzz.ch
 Wetter: 12, TV: 60, 61, Traueranzeigen: 14, Immobilien: 24, 26, Stellenanzeigen: 32, 33, 34, 35, Impressum: 12

AT € 4.20
 9 771420 531061

AT € 4.20
 9 771420 531061